

### Aktuelle PPP-Ausschreibungen / Ausschreibungen mit PPP-Elementen

- **Land Baden-Württemberg.** Polizeidirektion Ravensburg.  
Planung, Errichtung und Finanzierung eines Dienstgebäudes für die Polizeidirektion Ravensburg einschließlich der Außenanlagen, dem Verbindungsbau zum Altbau und der polizeispezifischen Einrichtungen. Der Bauunterhalt und die Instandhaltung der betriebstechnischen Anlagen und Einrichtungen nach Ablauf der Verjährungsfrist für Mängelansprüche werden optional ausgeschrieben. Nach dem Übergang in die Endfinanzierung zahlt der Auftraggeber die Gesamtinvestitionskosten in gleichbleibenden jährlichen Raten über 10 oder 20 Jahren (nach Wahl des Auftraggebers) zurück. Ein Forderungsverkauf (Forfaitierung) ist zulässig.  
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren. Schlusstermin für die Teilnahmeanträge: 11.2.2011.  
**Quelle:** <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:346926-2010:TEXT:DE:HTML>
- **Landkreis Celle.** Sporthalle.  
Abriss und Neubau einer Dreifeldsporthalle in der Schulanlage Altenhagen in Celle. Das Vorhaben umfasst den Abriss der Bestandsgebäude (Zweifeldhalle, Lehrschwimmbecken) und die Planung, schlüsselfertige Errichtung und Finanzierung der neuen Dreifeldsporthalle mit einer Nutzfläche von ca. 2.000 m<sup>2</sup>. Die Finanzierungsleistungen umfassen die Bauzwischenfinanzierung und die Endfinanzierung über 20 Jahre ab Nutzungsbeginn.  
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren. Schlusstermin für die Teilnahmeanträge: 11.1.2011.  
**Quelle:** <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:342964-2010:TEXT:DE:HTML>

### Zuschlagserteilungen

- **Niederlande.** Start- und Landebahn.  
Ein Konsortium bestehend aus dem Bauunternehmen **Dura Vermeer** und dem technischen Dienstleister **Imtech** hat den Zuschlag zur Verlängerung der Start- und Landebahn des Flughafens Groningen erhalten. Das Projekt umfasst Planung, Bau, Finanzierung und 10-jährigen Unterhalt der neuen Infrastruktur.  
**Quelle:** <http://www.imtech.eu/eCache/DEF/23/243.bGFuZz1FTg.html>

### Weitere Informationen

- **Landtag Baden-Württemberg.** Neubau Polizeidirektion Ravensburg.  
Zum jetzt ausgeschriebenen Neubau der Polizeidirektion Ravensburg (*siehe oben*) gab es im Landtag Baden-Württemberg einen Antrag, diese Maßnahme nicht als PPP-Projekt, sondern handwerkerfreundlich als Eigenbau zu realisieren.  
In seiner Antwort führt das Finanzministerium aus, dass Befürchtungen, bei ÖPP-Maßnahmen gingen die Aufträge am regionalen Handwerk vorbei, unbegründet sind. Vielmehr bieten ÖPP-Maßnahmen dem Mittelstand gleiche Chancen wie die losweise Vergabe beim Eigenbau durch das Land.  
Zudem wurden bei Ausschreibungen der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung in den Jahren 2003 bis 2009 lediglich 10% bis 15% der Aufträge an Generalunternehmer und Investoren sowie 85% bis 90% der Aufträge gewerkeweise vergeben. Bei Letzteren kamen fast ausschließlich Handwerksbetriebe zum Zuge.  
**Quelle:** [http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/7000/14\\_7097\\_d.pdf](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/7000/14_7097_d.pdf)
- **VIFG.** Finanzierungskreislauf Straße kommt.  
Der Deutsche Bundestag hat mit der Verabschiedung des Haushalts 2011 die Forderung des Koalitionsvertrages in die Tat umgesetzt, einen geschlossenen Finanzierungskreislauf Straße zu schaffen. Vom 1. Januar 2011 an werden alle Einnahmen aus der Lkw-Maut der VIFG zufließen und von dort ausschließlich in den Straßenbau geleitet. Projekte der Schiene und der Wasserstraße werden dann aus dem regulären Haushalt bedient. So wird eine zentrale Forderung der Verkehrs- und Bauwirtschaft erfüllt, sicher zu stellen, dass alle Mautmittel tatsächlich auch zweckgebunden eingesetzt werden, zum Vorteil derer, die die Maut aufbringen. Dies berichtet die VIFG auf ihrer Website:  
<http://www.vifg.de/de/service/aktuelles/2010/Finanzierungskreislauf-Strasse-kommt.php>

- **HOCHTIEF.** Einstieg ins Hafensegment.  
**HOCHTIEF Concessions** und **duisport** (Duisburger Hafen AG) haben ein Joint Venture gegründet, um gemeinsam weltweit Häfen und Hafenterminals zu entwickeln. Die neue Gesellschaft soll Management, Betrieb und Vermarktung von Häfen und Hafenterminals übernehmen. Hinzu kommen auch deren Planung, Entwicklung und Ausbau. Beide Unternehmen halten jeweils 50% an der neuen Gesellschaft. Vorbehaltlich der kartellrechtlichen Zustimmung wird das Unternehmen seine Arbeit zum 1. Januar 2011 aufnehmen. Erste gemeinsame Projekte unter anderem in Europa und Südamerika sind bereits in Planung.  
**Quelle:** <http://www.hochtief.de/hochtief/200.jhtml?pid=8651>
- **Deutscher Bundestag.** Nachfrage zu den Aktivitäten der ÖPP Deutschland AG.  
Im Nachgang zu den Antworten der Bundesregierung auf zwei Kleine Anfragen zu den Aktivitäten der ÖPP Deutschland AG (vgl. *PPP-Newsletter 10/2010 vom 04.06.2010*) hat die Fraktion der LINKEN einige Nachfragen gestellt. Darin geht es vor allem um die Frühphasenberatung der ÖPP Deutschland AG sowie den Stand der Erarbeitung eines Standardmodells für Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen (es soll noch im November 2010 dem Auftraggeber vorgelegt werden). Zum Download:  
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/037/1703710.pdf>
- **Hauptverband der Deutschen Bauindustrie.** ÖPP-Kommentar zur Umsatzsteuerproblematik.  
Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie hat einen neuen ÖPP-Kommentar zum Thema "Ungeklärt: Die Umsatzsteuerproblematik bei ÖPP" veröffentlicht. Autor ist Dr. Klaus Funken, Politikwissenschaftler und ehemaliger ÖPP Fachreferent der SPD-Bundestagsfraktion.  
**Quelle:** <http://www.ppp-plattform.de/index.php?page=80&article=2384#>
- **Bundesverband PPP.** Präsentationen.  
Unter dem Schwerpunkt "Nachhaltige öffentliche Infrastruktur" fand am 16.11.2010 die 7. Jahrestagung des Bundesverbandes PPP statt. Ca. 120 Personen aus der ganzen Republik kamen nach Berlin, um in einen Erfahrungsaustausch mit PPP-Experten aus allen Bereichen zu treten. Präsentationen zum Download unter:  
[http://www.bppp.de/bppp.php/cat/4/aid/276/title/Rueckblick\\_auf\\_die\\_Jahrestagung\\_am\\_16.11.2010](http://www.bppp.de/bppp.php/cat/4/aid/276/title/Rueckblick_auf_die_Jahrestagung_am_16.11.2010)
- **EPEC.** Eurostat Treatment of Public-Private Partnerships.  
Das Europäische PPP-Kompetenzzentrum EPEC befasst sich in einer aktuellen Publikation mit der statistischen Erfassung und Behandlung von PPP's durch Eurostat und möglichen Entwicklungsbedarf durch geänderte Bilanzierungsregeln im privaten und öffentlichen Sektor. Zum Download unter:  
<http://www.eib.org/epec/attachments/epec-eurostat-statistical-treatment-of-ppps.pdf>

## PPP-Portal

- **PPP-Musterverträge.**  
Auf unserer Internetseite <http://www.ppp-portal.de/> bieten wir Ihnen Zugang zu PPP-Musterverträgen, die Sie – abschnittsweise oder in Gänze – für Ihre eigenen geplanten PPP-Projekte nutzen und übernehmen können. Für Öffentliche Auftraggeber ist der Zugang (nach vorhergehender Registrierung) kostenfrei, alle anderen Nutzer zahlen einen Jahresbeitrag in Höhe von 150,- Euro (netto).

Betriebswirtschaftliches Institut der Bauindustrie  
Postfach 10 15 54, 40006 Düsseldorf  
Tel.: 0211 / 6703-280  
Fax: 0211 / 6703-282  
[E.Paulsen@BWI-Bau.de](mailto:E.Paulsen@BWI-Bau.de)  
<http://www.BWI-Bau.de>



## Gesetzgebung und Rechtsprechung mit PPP-Relevanz:

- **OLG Saarbücken, Beschluss vom 15. September 2010 – 1 Verg 3/10**  
<http://tinyurl.com/PPPNews0510>

### **Nach alter Rechtslage - VOB/A 2006 - zwingender Ausschluss bei fehlenden Angaben**

Eine Vergabestelle schrieb Ende August 2009 im Offenen Verfahren diverse Bauleistungen aus. Bestandteil des Angebotes war auch die vorübergehende Überlassung von Büroausstattung einschließlich eines Faxgerätes. Einige Bieter – darunter die spätere Antragstellerin – gaben im Leistungsverzeichnis für das Faxgerät zwar einen Preis an, bezeichneten aber nicht das Fabrikat. Diese Position nahm im Verhältnis zu dem Gesamtangebot einen Anteil von 0,02 % ein. Diese Angebote schloss die Vergabestelle aus. Gegen den beabsichtigten Zuschlag wendet sich eine Bieterin, die das preislich günstigste Angebot abgegeben hatte, im Wege eines Nachprüfungsverfahrens.

Weder die Vergabekammer noch der Vergabesenat des OLG Saarbücken gab der Antragstellerin Recht. Trotz des geringen Anteils der problematischen Position zum Gesamtangebot sei das Angebot zwingend auszuschließen. Es würden für das Ende August 2009 begonnene Verfahren noch die Regeln der VOB/A 2006 greifen, da die VOB/A 2009 erst am 11. Juni 2010 in Kraft getreten sei. Der Ausschluss folge aus § 25 Nr. 1 Abs 1 b) VOB/A 2006 in Verbindung mit § 21 Nr. 1 Abs. 1 und 2 VOB/A 2006, da eine Herstellerangabe fehle. Der Ausschluss sei auch zwingend (Vgl. BGH, Beschluss vom 18. Februar 2003 – X ZB 43/02). Die Vergabestelle habe durch die Abfrage im Leistungsverzeichnis klar zum Ausdruck gebracht, auf welche Positionen und Angaben es ihr ankomme. Diese Entscheidung im Rahmen ihres Entschließungsermessens sei maßgeblich. Eine Pflicht zur Aufklärung komme insoweit nicht in Betracht, da Aufklärungsgespräche im Sinne von § 24 VOB/A 2006 bei einem an sich auszuschließenden Angebot unzulässig gewesen seien.

Gerade in den Angeboten für komplexe Leistungsgegenstände, die in PPP-Modellen typisch sind, konnten bisher auch kleine Fehler, die objektiv für das Wettbewerbsergebnis keine Auswirkungen haben, zum Ausschluss führen. Insoweit war bisher besondere Achtsamkeit bei der Angebotserstellung gefordert. Der Beschluss wird hier besprochen, weil er Anlass gibt, auf die durch die am 11. Juni 2010 in Kraft getretene VOB/A 2009 etwas entschärfte Rechtslage hinzuweisen. Gemäß § 13 Abs. 1 Nr. 4 VOB/A müssen Angebote zwar auf weiterhin „die geforderten Erklärungen und Nachweise enthalten“. Ein zwingender Ausschluss ist jedoch gemäß § 16 Abs. 1 Nr. 1 lit. b) VOB/A nur dann zulässig und auch geboten, wenn das Angebot den Bestimmungen des § 13 Abs. 1 Nummern 1, 2 und 5 VOB/A nicht entspricht. § 13 Abs. 1 Nr. 4 VOB/A ist dabei nicht genannt. Dem entsprechend wird in § 16 Abs. 1 Nr. 3 VOB/A 2009 normiert, dass der Auftraggeber fehlende Erklärungen oder Nachweise nachverlangen kann. Erst dann, wenn diese nicht innerhalb von 6 Kalendertagen nach entsprechender Aufforderung vorgelegt wurden, ist das Angebot auszuschließen.“

Mütze Korsch Rechtsanwalts-gesellschaft mbH  
Rechtsanwalt Matthias Berger  
Trinkausstraße 7  
40213 Düsseldorf  
Tel. +49 211 – 88 29 29  
Fax +49 211 – 88 29 26  
Mobil +49 160 – 47 20 722  
[berger@mkrq.com](mailto:berger@mkrq.com)  
[www.mkrq.com](http://www.mkrq.com)

